Bewertung des Koalitionsvertrags zwischen der CDU Hessen und Bündnis 90/Die Grünen Hessen

Landesvorstand Grüne Jugend Hessen, 20. Dezember 2013

Grundlage:

Beschluss der Sondermitgliederversammlung vom 30. November 2013

Beschluss der Sondermitgliederversammlung vom 14. Dezember 2013

www.gjh.de -> Dokumente -> Beschlüsse

Farbmarkierung:

Grün = GJH-Forderung erfüllt

Gelb = GJH-Forderung teilweise erfüllt

Rot = GJH-Forderung nicht erfüllt

GJH-Forderung	Koalitionsvertrag
Politische Teilhabe für junge Menschen stärken	
Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre	Nicht aufgeführt.
Volksentscheid zur Senkung des passiven Wahlalters bei Landtagswahlen auf 18 Jahre	Unabhängig von dem Ergebnis des Verfassungskonvents werden wir der hessischen Bevölkerung folgende, die Verfassung ändernde Regelungen noch in dieser Legislaturperiode zur Abstimmung vorlegen: Herabsetzung des passiven Wahlalters. (Z. 1892 ff)
Hessische Kinderrechtcharta	Wir wollen die Kinderrechte stärken und die UN-Kinderrechtskommission umsetzen. Wir werden darauf hinwirken, dass bei allen Trägern von Einrichtungen und bei Verbänden Konzepte eingefordert werden, die die Kinderrechte stärken. Dazu wollen wir mit Kindern und Jugendlichen eine „Hessische Kindercharta“ entwickeln, in der ihre Ansprüche und Rechte an die Landespolitik formuliert sind. (Z.2422 ff)
Kinder- und Jugendparlamente	Wir wollen die Partizipation von Kindern und Jugendlichen fördern und unterstützen. Kinder- und Jugendparlamente oder Jugendforen können dazu ein geeignetes Mittel sein. Wir werden mit bestehenden Kinder- und Jugendparlamenten oder Jugendforen für einen weiteren Ausbau in Hessen werben und einen „Partizipationspreis für Kinder- und Jugendparlamente/ Jugendforen“ schaffen, der die Umsetzung besonders innovativer Projekte unterstützt. (Z. 2448 ff)
Niedrigschwellige Angebote wie Jugendhearings und Projektgruppen	Nicht explizit aufgeführt, aber durch den Verweis auf Jugendforen (Z. 2449) und innovative Projekte (Z. 2452) möglich.
Politisches Medienprogramm für Kinder und Jugendliche	Die Realisierung des von ARD und ZDF konzipierten Jugendkanals bzw. jugendspezifischen Medienangebots

	werden wir weiter unterstützen, wobei der Gesichtspunkt der Beitragsstabilität beachtet werden muss. (Z. 4550)
Chancengleichheit	
Einen Öffentlichen Dienst als Vorreiter für Geschlechtergerechtigkeit und Integration. Dazu zählen:	Siehe Bewertung der Einzelpunkte.
Geeignete Maßnahmen zur Förderung von Frauen. Das umfasst eine verbindliche Frauenquote.	Wir werden das Hessische Gleichberechtigungsgesetz novellieren, um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen. Der öffentliche Dienst soll eine Vorbildfunktion für die Geschlechtergerechtigkeit einnehmen. Dabei wird die wichtige Rolle der Frauenbeauftragten gewährleistet. Den Anteil von Frauen in Führungspositionen im Dienst des Landes Hessen werden wir durch ein Mentoringprogramm ausweiten. (Z. 2582 ff)
Arbeitsmodelle die es allen Geschlechtern ermöglicht, Beruf, Familie und Ehrenamt zu vereinbaren	Zur Unterstützung von Frauen nach einer Erwerbstätigkeitsunterbrechung entwickeln wir das „Netzwerk Wiedereinstieg“ weiter. Mit diesem Informations- und Austauschportal sollen sowohl die betroffenen Frauen wie auch die Unternehmen kompetente Ansprechpartner zu Fragen finden, die sich beim Wiedereinstieg in den Beruf stellen. Wir wollen Initiativen ergreifen, damit „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ Realität wird. Wir setzen uns für die weitere Verbesserung der Frauenerwerbsquote unter Berücksichtigung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Die Empfehlungen der Fachkräftekommission zur Hebung der stillen Reserve setzen wir um. Wir wollen eine Arbeitskultur, in der Führungspositionen auch in Teilzeitarbeit wahrgenommen werden können. Teilzeiterwerbstätigkeit darf nicht per se ein Hemmnis für die berufliche Entwicklung sein; familiäre Sorgearbeit soll in der Arbeitswelt möglichst als Zusatzqualifikation Anerkennung finden. Wir wollen es Müttern und Vätern erleichtern, in dem von ihnen gewünschten Umfang erwerbstätig zu sein. (Z. 2590 ff)
Ein ÖD der offen ist für interkulturelle Perspektiven, mehr MA mit	Wir wollen deshalb den öffentlichen Dienst, Polizei und Justiz, Lehre (Schule,

<p>Migrationshintergrund</p>	<p>Hochschule), Pflege und Betreuung noch stärker interkulturell öffnen. Dazu gehören Kurse über Interkulturelle Kompetenz und eine verstärkte Anwerbung von Menschen mit Migrationshintergrund. (Z. 2743 ff)</p> <p>Das gegenseitige Verständnis wurde durch die Polizeibeamtinnen und -beamten mit Migrationshintergrund bereits deutlich gesteigert. Durch die Förderung des interkulturellen Dialoges wollen wir dieses gegenseitige Verständnis ausbauen. (Z. 1734 ff)</p>
<p>Methoden wie anonyme Bewerbungsverfahren</p>	<p>Nicht aufgeführt.</p>
<p>Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen (wenn BVerfG dem Antrag v Bremen nachkommt u dies ohne Änderung v GG mgl macht)</p>	<p>Nicht aufgeführt.</p>
<p>Bundesratsverhalten, das Mehrstaatigkeit durch Abschaffung der Optionspflicht ermöglicht</p>	<p>Auf bundespolitischer Ebene werden wir die Aufhebung der Optionspflicht und die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit im Staatsangehörigkeitsrecht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern unterstützen. (Z. 2694 ff)</p>
<p>Integrations- und Teilhabegesetz mit jährlicher Integrationskonferenz</p>	<p>Wir werden die bestehende Hessische Integrationskonferenz zu einem in einem regelmäßigen Turnus tagenden Beratungsgremium der Landesregierung in allen Fragen der Integrationspolitik machen. Aufbauend auf den Ergebnissen der Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“ und unter Beachtung des Nationalen Aktionsplans Integration werden wir gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Integrationskonferenz einen hessischen Integrationsplan erstellen. (Z. 2666 ff)</p>
<p>Grundsätzliche Bereitschaft, weitere Flüchtlinge aufzunehmen</p>	<p>Menschenrechte und gelebte Humanität stehen im Mittelpunkt hessischer Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass Flüchtlinge in Hessen eine humane Lebensperspektive und ausreichend Schutz finden. (...)</p> <p>Wir wollen deshalb das Landesaufnahmegesetz evaluieren und entsprechend den bundespolitischen Neuregelungen anpassen. Wir begrüßen die Verständigung der großen Koalition in Berlin auf eine Verstärkung und quantitative Ausweitung des so genannten „Resettlement“-Verfahrens in Abstimmung mit der Konferenz der Innenminister. Hessen wird hierzu seinen Beitrag leisten.</p>

	(Z. 2757 ff.)
Verbindlicher Integrationsplan (Recht auf Sprachkurse, Informationsangebote in Muttersprache, umfassende med. u psych. Betreuung) für Asylbewerber*innen	<p>Das Land Hessen wird sicherstellen, dass Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden und ihnen ausreichend Angebote der Information, Beratung und gegebenenfalls Förderung zur beruflichen Integration zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen deshalb das Landesaufnahmegesetz evaluieren und entsprechend den bundespolitischen Neuregelungen anpassen. Zudem werden wir die EU-Richtlinie für besonders Schutzbedürftige (Kranke, Alte, Traumatisierte, Menschen mit Behinderungen) aktiv umsetzen und möglichst bei der Erstaufnahme bereits den Unterstützungsbedarf klären. (Z. 2759 ff)</p> <p>Wir stehen für eine Willkommens- und Anerkennungskultur. Daher wollen wir zugewanderten Menschen durch spezielle Kurse die Integration in unsere Gesellschaft erleichtern. Zusätzliche Hilfestellungen wie herkunftssprachliches Informationsmaterial und die Nutzung von Bundesprogrammen sollen dabei unterstützen. (Z. 2676)</p> <p>Die bestehenden Regelungen, die den Schulbesuch unabhängig vom Aufenthaltsstatus ermöglichen, werden wir fortsetzen. (Z. 2724)</p>
Mindeststandards für die Unterkunft von AsylbewerberInnen im Landesaufnahmegesetz (keine Unterbringung in Massenunterkünften in Gewerbegebieten)	Das Land Hessen wird sicherstellen, dass Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden und ihnen ausreichend Angebote der Information, Beratung und gegebenenfalls Förderung zur beruflichen Integration zur Verfügung gestellt werden.
Erhöhung der Erstattungspauschale an die Kommunen um menschenwürdige Unterkunft und Integration zu ermöglichen	Kommunen, die besondere Anstrengungen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Asylsuchenden zu schultern haben, werden wir unterstützen. (Z. 2767 f)
Verbesserung der Bedingungen in hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen	Nicht aufgeführt.
Stopp von inhumanen Abschiebungen. Wir treten stattdessen ein für die Abwägung von Abschiebungen und asylrechtliche Entscheidungen anhand humanitärer und menschenrechtlicher Kriterien.	Nicht aufgeführt.
Niedrigere Hürden in der Härtefallkommission: Zwei-Drittel-Quorum abschaffen und einen Härtefallfonds einführen, der Unterstützung in besonders schwierigen Situationen ermöglicht.	Für Fälle, in denen eine Ausreisepflicht zu unverträglichen Härten führt, kann auch weiterhin die Härtefallkommission angerufen werden. Dies ist ein humanitärer Beitrag für Lösungen, in denen die Anwendung ausländerrechtlicher

	Vorschriften zu Ergebnissen führen würde, die der Gesetzgeber erkennbar nicht gewollt hat. Die Hürden zur Annahme des Vorliegens eines Härtefalls sind gegenwärtig hoch. Wir wollen das Zwei-Drittel-Quorum und für einzelne Ausnahmefälle die Voraussetzung der Sicherung des Lebensunterhalts abschaffen. (Z. 2790 ff)
Bessere Unterstützungsangebote für schwule, lesbische, trans- und bisexuelle Jugendliche insbesondere in der Coming-Out-Phase, auch und gerade jenseits der Ballungsräume	Dazu gehört insbesondere eine bessere Begleitung von jungen Menschen in der immer noch oftmals schwierigen Phase des „Coming Out“ und die stärkere Sensibilisierung für das Thema in Schulen auf Basis der bereits vorhandenen SchLAU-Projekte. (Z. 2474 ff.)
Lehrpläne, die verschiedene Lebensentwürfe gleichberechtigt darstellen.	Nicht aufgeführt.
Jugendkultur und Liberale Drogenpolitik	
Eine zeitgemäße Reformierung des hessischen Feiertagsgesetzes im Dialog mit den Kirchen und weiteren gesellschaftlichen Gruppen.	Religiöse Feiertage sind für uns als Ausdruck individueller und gesellschaftlicher Sinnstiftung und Orientierung von hoher Bedeutung. Wir bekennen uns zu einem Schutz der stillen Feiertage (Karfreitag, Volkstrauertag, Totensonntag und dem Schutz der Sonntage im Advent). Über die Aufrechterhaltung des mit dem Schutz der weiteren Sonn- und Feiertage verbundenen Tanzverbots werden wir in Dialog mit den Glaubensgemeinschaften treten. Wir wollen, dass alle Religionen ihre Feiertage ungestört und in würdigem Rahmen begehen können. (Z. 4719 ff)
Höhere Grenzen bzgl. des Eigenbedarfs von Cannabis.	Nicht aufgeführt.
Einen hessischen Modellversuch zur Legalisierung von Cannabis für den Eigenbedarf, wie er von der Frankfurter Schutzpolizei im November 2013 vorgeschlagen wurde	Die Hessische Landesstelle für Suchtfragen (HLS) wird beauftragt, in einem Modellversuch zu eruieren, wie insbesondere in der Drogenszene großer Städte die Beratung, Aufklärung und der Gesundheitsschutz zielgerichtet verstärkt werden können. (Z. 3761)
Eine Ausweitung von Angeboten wie Drug-Checking (chemische Analyse von Substanzen zum Schutz der Verbraucher*innen) oder Druckräumen.	In der Suchthilfe werden wir den „Frankfurter Weg“ auch unter Berücksichtigung des Aufkommens neuer synthetischer Drogen fortführen, Aufklärung und Beratung intensivieren. (Z. 3760 ff)
Schuldenabbau mit richtigen Prioritäten	
Wir fordern ausgeglichene öffentliche Haushalte, Schuldenabbau und handlungsfähige Kommunen (ohne	Wir werden den Kurs der Haushaltskonsolidierung entschlossen verfolgen und spätestens im Jahr 2019

<p>substantielle Einschnitte bei Bildung, Soziales, Umwelt)</p>	<p>einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen. [...] Folgende Prioritäten stehen nicht unter Finanzierungsvorbehalt: der Pakt für den Nachmittag an Grundschulen, das neue Hessische Sozialbudget, die Sportförderung sowie die 30-Millionen-Euro-Garantie für den Brand- und Katastrophenschutz. (Z. 238 ff)</p>
<p>Grundrechte wahren</p>	
<p>Eine individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen und private Sicherheitspersonen</p>	<p>Um den Bürgerinnen und Bürgern offen gegenüberzutreten und eine eindeutige Identifizierung zu ermöglichen, werden hessische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte grundsätzlich ein Namensschild tragen. Um ihre Sicherheit nicht zu gefährden, haben sie das Recht, ihr Namensschild gegen eine Nummer zu tauschen. Ebenso stellen wir sicher, dass private Sicherheitskräfte, die im Auftrag des Landes tätig sind, bei Einsätzen einer Kennzeichnungspflicht unterliegen. (Z. 1753 ff)</p>
<p>Eine*n unabhängigen Polizeibeauftragte*n beim Landtag</p>	<p>Als Anlaufstelle für alle Einwohnerinnen und Einwohner Hessens wird eine unabhängige Ombudsstelle für „Bürgeranliegen und Beschwerden“ eingerichtet. Sie soll mit bereits vorhandenen Strukturen innerhalb der Landesregierung vernetzt werden. In dieser Anlaufstelle geht auch die Funktion des bisherigen Polizeibeauftragten im Innenministerium auf. Wir werden den anderen Fraktionen vorschlagen, die Anlaufstelle beim Landtag anzusiedeln (Petitionsreferat). Die Ombudsstelle soll sowohl Anliegen und Beschwerden gegen die Landesverwaltung als auch Anliegen und Beschwerden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachgehen. Sie berät Beschwerdeführer unbürokratisch und klärt Sachverhalte zügig auf. (Z. 4940)</p>
<p>Konsequente Unterbindung und Verfolgung von Racial Profiling (Personenkontrolle aufgrund körperlicher Merkmale)</p>	<p>Nicht aufgeführt</p>
<p>Das uneingeschränkte Recht auf Demonstrationsfreiheit</p>	<p>Das Grundrecht, friedlich und ohne Waffen zu demonstrieren, ist ein hohes Gut des demokratischen Rechtsstaates. Wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, dass dieses Recht gewährleistet ist. Wir werden eine friedliche Demonstrationkultur unterstützen und durch Dialogangebote und Deeskalationsmaßnahmen im Rahmen der Gesetze schützen. Wir werden im Interesse und zum Schutze der Allgemeinheit nicht</p>

	<p>dulden, dass sich Straf- und Gewalttäter unter dem Deckmantel des Demonstrationsrechts verstecken, um Leib, Leben oder Eigentum anderer zu beschädigen. (Z. 1763 ff.)</p>
<p>Verstärkte Förderung für Projekte gegen Rechtsextremismus</p>	<p>Insbesondere dem Rechtsextremismus werden wir durch die Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses und durch die Ausweitung der Aktivitäten im Rahmen des Landesprogramms IKARUS entgegenzutreten. Darüber hinaus soll das Landespräventionsmodell mit den Komponenten Erstsprache, Elternberatung und Jugendarbeit ausgebaut werden.</p> <p>Wir sind uns der Verantwortung zur Bekämpfung jeder Form von Extremismus bewusst.</p> <p>Deshalb werden wir Rechts-, Links- und islamistischen Terrorismus und Extremismus nachhaltig und entschlossen bekämpfen. (Z. 1812 ff.)</p>
<p>105 % Lehrer*innenversorgung</p>	
<p>Dabei ist uns vor allem wichtig, dass im Bildungsbereich ein Lehrer*innenversorgung von 105 Prozent garantiert und längeres, gemeinsames Lernen ermöglicht wird.</p>	<p>Wir halten an der 105prozentigen Lehrerversorgung im Landesschnitt fest. Die infolge des Rückgangs der Schülerzahlen um 6 bis 8 Prozent bis zum Jahr 2019 frei werdenden Lehrerstellen werden wir im Bildungssystem belassen und nutzen, um die nachfolgenden Verbesserungen zu erreichen. (Z. 1301)</p>